

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5675

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5675



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Migration und Flucht polarisieren in der politischen Debatte. Am laufenden Band werden gesetzliche Verschärfungen und Restriktionen gefordert, die Debatte verroht zunehmend und verschlechtert das gesellschaftliche Klima gegenüber zugewanderten Menschen. Caritas plädiert dafür, dass die Leistungen der Migrationsbevölkerung und die positiven Aspekte der Migration stärkere Anerkennung finden. Zudem gilt es, den Schutz gegenüber jenen, die bei uns Zuflucht suchen, aufrechtzuerhalten. Eine auf Werten wie Solidarität und Gemeinwohl basierende Gesellschaft darf nicht hinnehmen, dass Migration und Flucht zur Spaltung der Gesellschaft missbraucht werden.

Caritas-Standpunkt

Für eine zukunftsgerichtete und humane Migrations- und Asylpolitik

Migration und Asyl im Dauerfokus der Politik

Migration und Asyl nehmen als Themen immer mehr Raum ein in der politischen Debatte. Angetrieben wird die verstärkte Präsenz in Medien und Politik jüngst durch das unmenschliche Vorgehen der US-Regierung gegen Hunderttausende Migrantinnen und Migranten. Sie setzte neue Standards an Brutalität und Rücksichtslosigkeit. Dabei versucht sie unter Beweis zu stellen, dass Abschreckung funktioniert, wenn genug skrupellos vorgegangen wird. Bereits zuvor haben sich in vielen europäischen Ländern Parteien mit migrationsfeindlichen Agenden als wichtiger Machtfaktor etabliert. Auch in der Schweizer Politik werden Asyl und Migration konstant politisch bewirtschaftet. Zu kaum einem anderen Thema werden im nationalen Parlament so viele Vorstösse eingereicht wie zu Asyl. Dies steht in keinem Verhältnis dazu, dass der gesamte Asylbereich inklusive der ukrainischen Geflüchteten mit Schutzstatus S, nur gerade 2,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung ausmacht.

Aber nicht nur in der Politik, auch im Sorgenbarometer finden sich Zuwanderung und Asyl immer in den vorderen Rängen. Ängste vor Zuwanderung sind nichts Neues. Oft sind es Sorgen um den Verlust von Kontrolle und Identität oder auch Angst vor einer wachsenden Konkurrenz auf dem Arbeits- oder dem Wohnungsmarkt. Gleichzeitig zeigt sich, dass das ständige und einseitige Hervorheben, die Schuldzuweisung und die politische Instrumentalisierung von Migration und Flucht diese Ängste verstärken und normalisieren. Je mehr diese Ängste geschürt werden, umso grösser wird das gegenseitige Misstrauen. Das erschwert das Zusammenleben. Die abwertende und diffamierende Sprache, die dabei genutzt wird, verschiebt die Grenze des Sagbaren zusehends. Dies verschafft immer radikaleren Forderungen einen scheinbar gemässigten Anstrich.

Vision einer solidarischen und chancengleichen Gesellschaft

Dass Asylsuchenden und Zugewanderten aktuell in so vielen Ländern und speziell auch in der Schweiz mit so viel Skepsis, Vorbehalten und Ablehnung begegnet wird, bereitet uns als Caritas grosse Sorge. Dies widerspricht unseren grundlegenden Werten und unserer Vision von einer solidarischen und chancengleichen Gesellschaft, in der die Würde aller Menschen im Zentrum steht. Für Caritas ist es daher wichtig, den Wert der Zuwanderung für die Schweiz sichtbar zu machen und aufzuzeigen, dass Migration ein wesentliches Element für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist. Dies geht weit über den ökonomischen Profit für die Schweiz hinaus. Wenn Menschen zuwandern, sind sie Teil der Gesellschaft und sollen als gleichwertige Mitglieder anerkannt und behandelt werden.

In ihrer Geschichte hat sich Caritas stets für die Rechte von Zugewanderten und Geflüchteten eingesetzt. In den Sozialberatungen und Projekten für Armutsbetroffene suchen viele Menschen Rat und Unterstützung, die keinen Schweizer Pass haben. Aber auch in der Beratung, Begleitung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen setzt sich Caritas für die Betroffenen ein. Zudem ist der Schutz und die Teilhabe von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten ein Schwerpunkt in der Auslandsarbeit von Caritas. Durch dieses Engagement erfährt Caritas direkt von den Sorgen der Betroffenen

Für Caritas ist es daher wichtig, den Wert der Zuwanderung für die Schweiz sichtbar zu machen und aufzuzeigen, dass Migration ein wesentliches Element für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist.

und erhält Einsicht in die konkreten Hindernisse und Herausforderungen, die sich ihnen in Sachen Teilhabe, Rechtssicherheit und Chancengleichheit stellen. Es sind diese Einsichten, die unseren Einsatz und unsere Überzeugung für eine humane Migrations- und Asylpolitik leiten. Dahinter stehen aber auch die Prinzipien der Soziallehre, die den Menschen und seine Würde ins Zentrum stellen, unabhängig der geographischen oder sozialen Herkunft. Das **Gemeinwohlprinzip** erinnert daran, dass eine Gesellschaft nur dann gerecht ist, wenn alle von ihr profitieren können und nicht einzelne übermässige Lasten tragen müssen. Es bildet deshalb die Grundlage für unser Engagement für Teilhabe und Chancengleichheit. Die **Solidarität** rückt die Frage ins Zentrum, wie wir als Gesellschaft mit benachteiligten Menschen umgehen und welche Verantwortung wir füreinander übernehmen. Sie verpflichtet uns, aufmerksam zu bleiben für jene, die zu kurz kommen und ihre Perspektiven ernst zu nehmen. Das **Subsidiaritätsprinzip** betont schliesslich, dass Unterstützung dort ansetzen muss, wo Menschen oder Gemeinschaften an ihre Grenzen stossen. Im Vordergrund steht die Hilfe zur Selbsthilfe, reicht diese nicht aus, sind aber übergeordnete Strukturen gefragt.

Einwanderung bereichert die Schweiz

Ob jemand hier aufgewachsen oder zugewandert ist, steht im alltäglichen Zusammenleben oft im Hintergrund. Dagegen ist diese Unterscheidung in der öffentlichen Debatte omnipräsent, was Migrantinnen und Migranten oft als ausgrenzend empfinden. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass fast alle gesellschaftlichen Herausforderungen mit Zuwanderung in Verbindung gebracht oder gleich vollständig damit erklärt werden. Diese ständige Unterscheidung, einseitige Betrachtungsweisen und Schuldzuweisungen sind problematisch. Sie verkennen den enormen Beitrag, den Zugewanderte zum Wohlstand und zum Funktionieren der Schweiz beitragen und in der Vergangenheit beigetragen haben.

Migration als Treiber von Innovation und Wohlstand

Wenn Menschen migrieren, bringen sie Wissen und Fähigkeiten mit, mit denen sie die neue Heimat mitgestalten. Die Geschichte zeigt, dass es oft Zugewanderte waren, die in der Schweiz ganze Industrien prägten und Innovationschübe auslösten. Die Schweizer Uhrenindustrie ist ein gutes Beispiel dafür. Sie steht heute für Schweizer Präzision und Handwerkskunst. Ihre Ursprünge hat sie in der Einwande-

Aber während Gesellschaft und Wirtschaft immer selbstverständlicher von migrantischen Impulsen durchdrungen sind, werden die einzelnen Menschen immer noch oft auf ihre Herkunft reduziert.

rung von französischen Hugenotten im 16. Jahrhundert. Seit den 1880er Jahren ist die Schweiz ein Einwanderungsland. Damals kamen die meisten Migrantinnen und Migranten aus Deutschland und Italien. Italienische Mineure bauten unter schwierigsten Arbeits- und Lebensbedingungen die grossen Alpentunnel, zunächst den Gotthard, später den Simplon und den Lötschberg. Diese Bauwerke brachten einen starken wirtschaftlichen Schub für die Schweiz. Als die Schweizer Wirtschaft nach den beiden Weltkriegen rasant wuchs, war die Schweiz ebenfalls auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Diese rekrutierte sie wiederum vor allem in Italien, später auch in weiteren süd- und osteuropäischen Ländern. Obwohl die Schweiz wirtschaftlich stark profitierte, lebten die sogenannten «Gastarbeiter» unter prekären Bedingungen. Sie hatten keinerlei Aussicht auf eine längerfristige Aufenthaltsbewilligung, konnten nicht mit ihren Familien und Kindern

zusammenleben und verfügten kaum über soziale Absicherung. Stattdessen waren sie mit Fremdenfeindlichkeit und stereotypen Zuschreibungen konfrontiert. Es wurden Ängste geschürt, die in den sogenannten «Überfremdungsinitiativen» mündeten. Damals als fremd empfundene Einwanderungsgruppen sind heute nicht mehr wegzudenken. Sie haben die Schweiz nicht nur wirtschaftlich weitergebracht, sondern prägten und prägen auch das Vereins- und Kulturleben sowie unsere Lebensgewohnheiten mit.

Aber während Gesellschaft und Wirtschaft immer selbstverständlicher von migrantischen Impulsen durchdrungen sind, werden die einzelnen Menschen immer noch oft auf ihre Herkunft reduziert. Dies wirkt sich nachteilig auf ihre Chancen und ihre Stellung in der Gesellschaft aus.

Die Schweiz ist auf Migration angewiesen

Die Zuwanderung in die Schweiz ist sehr eng mit dem Bedarf der Schweizer Wirtschaft nach Arbeitskräften verbunden. Mit Abstand am meisten Menschen kommen wegen einer Arbeitsstelle in die Schweiz, von diesen stammten rund 95 Prozent aus einem EU- oder EFTA-Staat. Bei wirtschaftlichem Abschwung sinken die Einwanderungszahlen, wenn es wirtschaftlich aufwärts geht, steigen sie. Viele Branchen im Dienstleistungssektor, aber auch in der Industrie und im Baugewerbe sind heute auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Es ist offensichtlich, dass Gastronomie, Hotellerie und das Gesundheitswesen ohne Migrantinnen und Migranten kaum noch funktionieren könnten. Aufgrund der Alterung der Schweizer Gesellschaft wird sich der Mangel an Arbeitskräften in den nächsten Jahren nochmals deutlich verschärfen. Viele ältere Menschen scheiden aus dem Arbeitsprozess aus, während weniger junge Menschen nachrücken. Dieser Trend zeigt sich auch in den meisten anderen europäischen Ländern, die bereits intensiv Arbeitskräfte ausserhalb der Europäischen Union zu rekrutieren versuchen. Der Schweiz hilft die Zuwanderung aktuell, Lücken zu schliessen und die Alterung der Gesellschaft auszugleichen.

Wertschätzung und Sicherheit statt Abwertung

Dass Menschen in die Schweiz kommen, hier arbeiten und sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen, hat also sehr viele positive Auswirkungen auf die Schweiz. Was aus der Migrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte und insbesondere der Ära der «Gastarbeiter» gelernt werden muss, ist aber, dass

Zugewanderte nicht nur als Arbeitskräfte betrachtet werden dürfen. Sie sind als Menschen ein wichtiger Teil der Gesellschaft. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen sich ihre Rechte am Rest der Bevölkerung orientieren. Für Caritas ist es besonders wichtig, dass dies auch für Menschen gilt, die oft ohne anerkannte berufliche Qualifikationen schlecht bezahlte Arbeiten ausführen, für die es auf dem Schweizer Arbeitsmarkt kaum Personal gibt. Gleiche Zugangschancen, Aufenthaltssicherheit und soziale Absicherung sind entscheidend, damit sich Zugewanderte akzeptiert, sicher und zugehörig fühlen. Das Schüren von Ressentiments, die Einschränkung von Rechten und Hürden bei der Verbesserung des Aufenthaltsstatus wirken sich hingegen nicht nur negativ auf das Wohlbefinden der Betroffenen aus. Sie beeinträchtigen auch die Integration und den Zusammenhalt und so letztlich das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Ungerechtfertigte Schuldzuweisung

In den letzten Jahren hat sich der Fokus des Diskurses über Migration verschoben. Seit den 1970er Jahren dominierte die Angst vor dem Fremden und vor Identitätsverlust die öffentliche Debatte. Heute stehen diese Ängste etwas weniger im Zentrum. Anstelle von «Überfremdung» wird Migration vermehrt mit «Überbevölkerung» und verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen in Verbindung gebracht. Infrastrukturüberlastung, knappes Wohnungsangebot, angespannte Gesundheitsversorgung oder die Belastung der Natur – keine Entwicklung, die nicht mit Zuwanderung erklärt wird. Das ist eine sehr einseitige und verzerrende Betrachtungsweise. Einerseits wird dabei die wichtige Rolle von Migrantinnen und Migranten etwa im Gesundheitswesen oder

struktur zu tun. Es gibt mehr Einpersonenhaushalte und die Wohnfläche pro Person ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Bei den Gesundheitskosten sind es vor allem der medizinisch-technische Fortschritt sowie steigende Einkommen, die das Angebot und die Nutzung von Behandlungen erhöhen und zu steigenden Ausgaben führen. Übersehen wird auch, dass Migrantinnen und Migranten mit ihren Beiträgen an die Sozialversicherungen massgeblich zur Stabilisierung der Sozialwerke beitragen.

Über diese ökonomischen Aspekte hinaus negiert diese Schuldzuweisung aber auch, dass Zugewanderte das Recht haben, hier ihr Leben zu den gleichen Bedingungen zu führen wie der Rest der Bevölkerung. Oder warum soll eine Frau mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in einem Spital Menschen pflegt, nicht den gleichen Anspruch auf eine Wohnung und einen Platz im öffentlichen Verkehr haben wie ihr Schweizer Kollege oder ihre Patientinnen? Forderungen, die Rechte und Ansprüche von Zugewanderten einzuschränken, erinnern an frühere Zustände in der Schweiz, als den Italienischen «Gastarbeitern» zwar Arbeiten erlaubt war, ihnen aber gleichzeitig der Zugang zur Gesellschaft und einem gleichberechtigten Leben verwehrt wurde. Für Caritas ist daher klar: So mit dem Finger auf Migrantinnen und Migranten zu zeigen ist nicht fair und schon gar keine Lösung. Vielmehr müssen die Herausforderungen von Wachstum und einer alternden Gesellschaft wahrgenommen und die Realität der Migrationsgesellschaft anerkannt werden. Dies ist der erste Schritt, die Diskussion zu versachlichen.

Oder warum soll eine Frau mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in einem Spital Menschen pflegt, nicht den gleichen Anspruch auf eine Wohnung und einen Platz im öffentlichen Verkehr haben wie ihr Schweizer Kollege oder ihre Patientinnen?

beim Bau von Infrastruktur und Wohnraum nicht anerkannt. Andererseits wird ausgeblendet, dass es viel entscheidendere Gründe gibt, weshalb beispielsweise die Wohnungpreise oder die Gesundheitskosten ständig steigen. So hat der Wohnungsmangel viel mit der veränderten Gesellschafts-

Den Schutz von Geflüchteten ernst nehmen

Dem Asylbereich kommt in der Migrationspolitik eine besondere Rolle zu. Anders als bei anderen Zugewanderten ist bei Geflüchteten nicht die Erwerbsarbeit das entscheidende Kriterium, ob sie kommen und bleiben dürfen. Im Zentrum steht bei ihnen der Schutz vor Verfolgung. Entsprechend orientieren sich Asylverfahren nicht an Bedürfnissen der Wirtschaft, sondern an den Vorgaben des Völkerrechts.

Flüchtlingsschutz ist zentraler Bestandteil der humanitären Tradition

Der internationale Flüchtlingsschutz ist eine zentrale humanitäre Errungenschaft der Nachkriegszeit. Staaten sind aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet, Menschen aufzunehmen, die vor Verfolgung fliehen müssen oder wegen Krieg und Gewalt nicht zurückkehren können. Diese Prinzipien sind heute in der Schweiz und vielen anderen Ländern fest im nationalen Recht verankert und haben unzähligen Geflüchteten Schutz und ein sicheres Ankommen ermöglicht.

Für die Schweiz ist der Schutz von Geflüchteten aber auch eng mit dem Selbstverständnis ihrer humanitären Tradition verbunden. Dass die Flüchtlingskonvention in Genf verabschiedet wurde, Genf als Hauptsitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sowie des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) dient und die Schweiz regelmässig gute Dienste in Konflikten leistet, gehört ebenso dazu wie die Aufnahme von grösseren Flüchtlingsgruppen in der Vergangenheit, beispielsweise aus Ungarn und der Tschechoslowakei im Kontext des kalten Krieges oder aus Chile nach dem Putsch von 1973.

Das Völkerrecht und der internationale Flüchtlingsschutz stehen aktuell jedoch stark unter Druck. Es wird in vielen Staaten ausgelotet, wo rechtliche und moralische Grenzen liegen, um den Schutz immer weiter einzuschränken oder zu verweigern. Teilweise wird offen über einen Austritt aus Abkommen wie der Genfer Flüchtlingskonvention oder der Europäischen Menschenrechtskonvention diskutiert. Eine Schwächung dieser wichtigen Institutionen ist jedoch fatal.

Nachbarländer von Konflikten sind am stärksten unter Druck

Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig der Flüchtlingsschutz heute ist. Weltweit sind fast doppelt so viele Menschen auf der Flucht wie noch vor zehn Jahren. Die Auswirkungen spüren in erster Linie die Staaten in und um Konfliktregionen, die den Grossteil der Schutzsuchenden aufnehmen. Von den aktuell

117,3 Millionen Vertriebenen weltweit suchten 86 Prozent innerhalb der Landesgrenzen Schutz oder flohen ins Nachbarland. Entsprechend anspruchsvoll ist es für diese Staaten, die Vertriebenen unterzubringen und zu versorgen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele dieser Aufnahmestaaten selbst mit wirtschaftlichen Problemen kämpfen. So leben rund 71 Prozent der Vertriebenen in Ländern mit tiefen oder mittleren Einkommen.

Um diese Staaten zu entlasten, gibt es Programme, die eine solidarische Aufnahme aus Erstaufnahmeländern ermöglichen. Das Wichtigste davon ist das Resettlementprogramm des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR). Allerdings wird stets nur ein Bruchteil der benötigten Plätze von anderen Staaten zur Verfügung gestellt und in der aktuellen Debatte haben es diese Programme besonders schwer. So stoppte beispielsweise die Schweiz zunächst längere Zeit Aufnahmen über das UN-Resettlementprogramm und nimmt aktuell nur zögerlich wieder Menschen auf. So konnten in den Jahren 2024 und 2025 anstelle der ursprünglich vom Bundesrat in Aussicht gestellten 1600 Personen gerade mal 49 Personen einreisen. Als Grund nannten Bund und Kantone Kapazitätsengpässe im Schweizer Asylsystem nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Die Schweiz hat ein funktionierendes Asylsystem

Dabei funktioniert das Asylsystem der Schweiz grundsätzlich gut. Auch wenn die starken Schwankungen der Asylgesuchszahlen, die föderalen Zuständigkeiten und der politische Druck anspruchsvolle Umstände sind, gelang es bisher stets, die aufwendigen und restriktiven Verfahren in einem rechtsstaatlichen Rahmen durchzuführen. Natürlich gäbe es in verschiedenen Bereichen Verbesserungsmöglichkeiten. Bezogen auf die Kapazitäten werden aktuell beispielsweise temporäre Unterbringungsplätze bei jeder Schwankung auf- und wieder abgebaut. Die Bereitstellung von mehr ordentlichen Unterbringungsplätzen würde hier vieles vereinfachen.

Beim Ausbruch des Ukrainekriegs zeigte die Schweiz, dass sie auch in akuten Ausnahmesituationen reagieren kann. Dass innerhalb weniger Monate rund 60 000 Menschen Schutz in der Schweiz suchten, ist in der jüngeren Geschichte einmalig. Sie zu beherbergen, zu begleiten und den Kindern den Zugang zur Schule zu gewährleisten, war eine grosse Herausforderung für alle Staatsebenen und die Zivilgesellschaft. Und sie wurde gut gemeistert. Das zeigt, wie gross die Solidarität der Schweizer Bevölkerung ist, wenn sie das Leid von Geflüchteten nachvollziehen kann und ihre Unterstützung gefragt ist.

75 Prozent der Asylsuchenden benötigen den Schutz der Schweiz

Von den Asylsuchenden, über deren Asylgesuch die Schweiz in den letzten zehn Jahren entschied, hat sie in rund 75 Prozent einen Schutz gewährt. Das sind Flüchtlinge, die im Herkunftsland an Leib und Leben bedroht sind, sowie Kriegsvertriebene, für die eine Rückkehr aktuell zu gefährlich ist. Dieser hohe Anteil an Schutzbedürftigen zeigt die grosse Relevanz des Flüchtlingsschutzes.

Weil diese Menschen längerfristig auf den Schutz der Schweiz angewiesen sind, muss ihre Teilhabe an der Gesellschaft im Zentrum stehen. Caritas betont immer wieder, dass dies gerade bei Kriegsvertriebenen, die eine sogenannte vorläufig Aufnahme erhalten, nicht der Fall ist. Sie brauchen einen sichereren Aufenthaltsstatus und müssen sozial besser abgesichert werden. Es gab in den letzten Jahren aber auch

Das zeigt, wie gross die Solidarität der Schweizer Bevölkerung ist, wenn sie das Leid von Geflüchteten nachvollziehen kann und ihre Unterstützung gefragt ist.

einige erfreuliche Entwicklungen. So wurde beispielsweise das Bewilligungsverfahren von vorläufig Aufgenommenen, die eine Arbeitsstelle fanden, stark vereinfacht. Auch hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich Bildung und Integrationsförderung in jedem Fall lohnen, sowohl bei einem Verbleib in der Schweiz wie auch bei einer allfälligen Rückkehr ins Herkunftsland. Eine wichtige Rolle spielte die Integrationsagenda, die der Bund zusammen mit den Kantonen lancierte. Damit werden deutlich mehr Mittel in die Integrationsförderung von Geflüchteten investiert. Eine Investition, die sich bereits auszahlt: Erste Zahlen zeigten, dass Geflüchtete schneller eine Erwerbstätigkeit fanden und junge Menschen öfter mit einer Ausbildung starteten.

Es braucht Fairness, Chancengleichheit und ein Besinnen auf die humanitären Werte der Schweiz

Aufgrund all dieser Erkenntnisse plädiert Caritas dafür, Zugewanderten und Geflüchteten mit weniger Angst und Misstrauen zu begegnen. Migrantinnen und Migranten sind seit langem ein wesentlicher Bestandteil der Schweiz und haben sie in den vergangenen Jahrhunderten massgeblich

Eine zusätzliche Einschränkung der Zuwanderung würde zudem manche gesellschaftlichen Probleme deutlich verschärfen, beispielsweise die angespannte Gesundheitsversorgung.

mitgeprägt und weitergebracht. Dass in einer wachsenden und alternden Gesellschaft gesellschaftliche Herausforderungen bestehen, ist offensichtlich. Deren Ursachen einfach der Zuwanderung zuzuschreiben, ist falsch. Die

Einflüsse sind viel komplexer und in vielen Bereichen ist Zuwanderung ein wichtiger Beitrag zur Lösung. Eine zusätzliche Einschränkung der Zuwanderung würde zudem manche gesellschaftlichen Probleme deutlich verschärfen, beispielsweise die angespannte Gesundheitsversorgung.

Caritas erinnert aber auch daran, dass Zugewanderte trotz ihrer grossen Bedeutung für die Wirtschaft nicht auf ihre Arbeitskraft reduziert werden dürfen. Ein Blick in die Schweizer Migrationsgeschichte zeigt: Menschen, die hier arbeiten, müssen auch gleichberechtigten Zugang zum gesellschaftlichen Leben haben. Dazu gehört Aufenthalts-sicherheit, aber auch eine soziale Absicherung, die sie vor den Risiken des Lebens schützt. Nur so gelingt Integration und Chancengleichheit. Dies gilt auch im Asyl- und Fluchtbereich, wo sich die Schweiz auf ihre humanitären Werte besinnen sollte. Solidarität und das Bekennen zum Völkerrecht und Flüchtlingschutz gehören genauso dazu wie eine Versachlichung der Diskussion rund um Asyl.

Mai 2026

Verfasst von:
Michael Egli, Leiter der Fachstelle
Migrationspolitik bei Caritas Schweiz
E-Mail megli@caritas.ch

Online-Version dieses Standpunkts:



www.caritas.ch/positionsapapere



Das Richtige tun
Agir, tout simplement
Fare la cosa giusta

Caritas Schweiz

Adligenswilerstrasse 15
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

Qualitätsmanagementsystem
ISO 9001, Reg.-Nr. 14075